

Beschluss (vorläufig) Lage im Persischen Golf deeskalieren, Nuklear-
Abkommen mit dem Iran retten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Situation am Persischen Golf spitzt sich tagtäglich zu. Eine militärische Eskalation
2 scheint zunehmend wahrscheinlicher zu werden. Die angespannte Situation zwischen
dem Iran
3 auf der einen Seite und den USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite verschärft
sich
4 immer weiter. Illegale Festsetzungen von Tankern, die Verletzung internationalen
Seerechts,
5 Angriffe auf wirtschaftlich existenzielle Einrichtungen, Abschuss von Drohnen,
lähmende
6 Sanktionen, willkürliche Verhaftungen, Geiselhäft von DoppelstaatlerInnen provozieren
7 zunehmend eine militärische Eskalation. Verschärft wird dies von der Sprachlosigkeit
beider
8 Seiten. Weder die USA und der Iran noch Iran und Saudi-Arabien haben derzeit
funktionierende
9 Kommunikationslinien. Damit stünde auch einer nicht intendierten Eskalation nicht
mehr viel
10 im Wege.
11 Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren und hätte weit über die
Grenzen der
12 von Konflikten so geplagten Region verheerende Folgen. So wäre das Ende des
Abkommens nicht
13 nur der schnellste Weg für den Iran zur Atombombe. Mit Saudi-Arabien würde
mindestens ein
14 anderer Staat im Nahen Osten nach der Bombe streben - eine nukleare Rüstungsspirale
mit
15 unabsehbaren Folgen wäre die Konsequenz.

16 **Iran - ein hochproblematischer Akteur**

17 Die Islamische Republik Iran ist innen- wie außenpolitisch ein hochproblematischer
Akteur.
18 Die Menschenrechtsslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik
zerstörerisch
19 und die Bedrohung der Existenz Israels inakzeptabel.
20 Irans Rolle bei der Stabilisierung der Herrschaft Bashar al-Assads hat maßgeblich zur
21 Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien beigetragen. Auch in Libanon und im
Irak
22 spielt der Iran eine imperialistische Rolle, die die Souveränität der Staaten untergräbt
und
23 zur Vertiefung der innerislamischen Konfessionskonflikte beiträgt. In Jemen ist die
24 Unterstützung der illegitimen Machtübernahme durch die Houthis ein Beitrag zur

Fortsetzung

25 des Konfliktes auf Kosten der Zivilbevölkerung. Zudem wird die Drohung der
26 „Auslöschung
27 Israels“ von der Führung des Landes auf unerträgliche Art immer wieder bedroht - in
28 Anbetracht der militärischen Präsenz des Irans und seiner Alliierten in er Nachbarschaft
28 Israels eine sehr ernst zu nehmende Rhetorik.

29 Bei all den zahlreichen Herausforderungen, die Teheran darstellt, war eines der
30 relevantesten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege und auf absehbare Zeit gelöst.
Das
31 Nuklearabkommen mit dem Iran - offizieller Name: Joint Comprehensive Plan of Action
(JCPoA).

32 **Saudi-Arabien - ebenfalls ein hochproblematischer Akteur**

33 Das Königreich Saudi-Arabien ist innen- wie außenpolitisch ebenso ein
hochproblematischer
34 Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik
35 zerstörerisch und die weltweite Finanzierung von dschihadistischen Netzwerken
inakzeptabel.

36 Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist katastrophal. Willkürliche
Verhaftungen,
37 Folter und Einschüchterung von KritikerInnen sind an der Tagesordnung. 2018 wurden
im
38 Königreich 149 Menschen hingerichtet.

39 Genauso ist die hochproblematische Regionalpolitik Saudi-Arabiens, als zusätzlicher
Treiber
40 einer militärischen Eskalation mit dem Iran nicht zu verkennen. Sie wirkt sogar über
den
41 Mittleren Osten hinaus destabilisierend. So ist das Land federführend bei der Blockade
des
42 Jemen, wodurch es ganz wesentlich für die - laut den Vereinten Nationen - derzeit
größte
43 humanitäre Katastrophe der Welt mitverantwortlich ist. 24 Millionen Menschen sind in
Jemen
44 derzeit aufgrund der Blockade auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gegen das
Nachbaremirat Katar
45 hat Saudi-Arabien ein Embargo verhängt, dessen Umstände und Begründung höchst
fragwürdig
46 sind. Der Konflikt hat zu einer vollständigen Lähmung des Golfkooperationsrats geführt.
47 Die damit einhergehende Lagerbildung strahlt auch destabilisierend in andere Konflikte
in
48 Nordafrika, dem Jemen und dem Horn von Afrika aus und heizt dort existierende
Konflikte
49 zusätzlich an. In Libyen unterstützt das Königreich General Khalifa Haftar, der die von
der
50 internationalen Gemeinschaft gestützte Regierung in Tripolis bekämpft. Darüber hinaus
51 stellte sich Saudi-Arabien während des sogenannten Arabischen Frühlings - unter
anderem auch
52 mit militärischen Mitteln - vielfach gegen die in zahlreichen Staaten, wie etwa in

Bahrain,
53 begonnenen Demokratisierungsprozesse.

54 **Das Atomabkommen retten**

55 Durch den einseitigen Ausstieg der USA aus des Iran-Nuklearabkommen im Mai 2018
durch US-

56 Präsident Trump, dreht sich die Eskalationsspirale zunehmend weiter und droht, den
Vertrag

57 als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit
zusammenbrechen zu

58 lassen. Auch die Regierung Netanjahu hat aktiv gegen den Verhandlungsprozess
gearbeitet und

59 damit zur Schwächung des Atomabkommens beigetragen. Seit dem Ausstieg
Washingtons wurden von

60 US-Seite unilateral die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen
beschlossen. Ziel ist es Iran - bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des

61 „maximalen

62 Drucks“ zu weitreichenden Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches
Raketenprogramm

63 sowie sein regionales Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu
bewegen.

64 Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler Bemühungen,
durch

65 diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm beizulegen und eine
atomare

66 Bewaffnung Irans zu verhindern. Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem
präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und

67 Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung
68 Irans

69 auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der
70 Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der

rechtsverbindliche

71 Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner
72 Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,

73 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu
unterstützen und

74 gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen
aus dem

75 Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die
Verhängung

76 unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten
77 internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter

78 Beschuss.

79 Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region
mit

80 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines
nuklearen

81 Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit
und damit

82 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche

durch
83 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen
abgebracht werden
84 sollen.

85 Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines
Nuklearprogramms
86 Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung.
Obwohl sich
87 die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien
und
88 Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen
89 Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens
nicht aus: Durch
90 die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des
US-
91 Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-
Regierung
92 in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte
Unternehmen unter
93 Druck zu setzen.

94 Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen
95 Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische
Unternehmen
96 haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist
eingebrochen, es
97 gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter
können
98 aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und
fehlenden
99 Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen
erfasst
100 sind.

101 Teheran testet nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen
102 Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni
vollumfänglich
103 an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - schrittweise
104 begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze
105 anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls
das
106 Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen
Nutzen
107 darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen
108 Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine
Verhandlungslösung
109 anstrebt.

110 **Deeskalation jetzt!**

111 Nichts desto trotz droht die Lage im persischen Golf militärisch zu eskalieren. Wir treten
112 für die Freiheit der Schifffahrt ein. Die Konflikte in der Straße von Hormos und im
113 Persischen Golf angesichts der extrem volatilen Lage nicht ausufern zu lassen muss
114 höchste
115 Priorität haben. Die Beteiligung an der US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen
116 Golf
117 lehnen wir ab, da diese keinen deeskaltiven Charakter hat. Für uns gelten die UN-Charta
118 und
119 das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur auf Grundlage der UN-
120 Charta und mit
121 einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder VII der UN-Charta
122 zustimmen.

118 Gerade in Zeiten, in denen die internationale Ordnung zunehmend unter Druck gerät,
119 braucht
120 es eine Bundesregierung, die gemeinsam mit ihren europäischen PartnerInnen auf alle
121 denkbaren diplomatischen und politischen Kanäle unmissverständlich auf Deeskalation
122 zwischen
123 allen beteiligten Parteien hinwirkt. Darüber hinaus sind alle VertragspartnerInnen des
124 JCPOA
125 durch die VN-Resolution 2231 dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen,
126 um den
127 Fortbestand der Vereinbarung und seine Umsetzung zu unterstützen.

124 Wir fordern die Bundesregierung insofern dazu auf die wirtschaftlichen
125 Voraussetzungen für
126 einen Erhalt des Abkommens zu schaffen. Dazu gehört der Aufbau alternativer
127 Zahlungswege für
128 legitime Geschäfte mit dem Iran, der Erhalt iranischer Möglichkeiten zum Ölexport und
129 Angebote zur Unterstützung des Irans beim Aufbau von Infrastruktur, die den
130 IranerInnen zu
131 Gute kommen, vor allem bei den Erneuerbaren Energien, der prekären
132 Wasserversorgung und im
133 Falle von humanitären Notlagen. Das Paradebeispiel dafür ist die Handelsplattform
134 INSTEX.

130 Weil der Iran wegen des Drucks der USA vom weltweiten Transaktionssystem Swift
131 abgekoppelt
132 wurde, ist es im den Menschen im Land im Grunde unmöglich, Geschäfte mit dem
133 Ausland
134 abzuwickeln, also Geld zu transferieren. Auch humanitäre Güter können im Iran nicht
135 mehr
136 gekauft werden. So mangelt es mittlerweile sogar an dringend notwendigen
137 Medikamenten für an
138 Krebs erkrankte Kinder. Zudem hat die sanktionsbedingte Isolation der iranischen
139 Wirtschaft
140 zu einer massiven ökonomischen Depression geführt, unter der nur die korrupten
141 wohlhabenden
142 Kleptokraten nicht leiden. Auch ist diese Wirtschaftskrise laut dem Flüchtlingswerk der
143 Vereinten Nationen (UNHCR) die Hauptursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in
144 der
145 Türkei. Über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge bekommen im Iran nicht mehr

ausreichend

139 Hilfe und finden keine Jobs mehr. Da die Sicherheitslage in Afghanistan ihnen den
140 Rückkehrweg versperrt, machen sich immer mehr auf den Weg nach Europa.

141 Unser Kerninteresse im Sinne der nuklearen Abrüstung ist es das JCPoA aufrecht zu
erhalten.

142 Schon bei der Unterzeichnung des Nuklearabkommens war klar, dass es nicht perfekt
sein

143 konnte, sondern ein Kompromiss war, und vor allem ein wichtiger vertrauensbildender
Schritt.

144 Ebenso war klar, dass weder das Raketenprogramm des Iran, noch dessen aggressive
145 Regionalpolitik, die Drohungen gegen Israel und die dramatische Menschenrechtslage
im

146 eigenen Land Teil dieses Abkommens waren. Es hat sich gezeigt, dass alle diese
Probleme

147 durch das Abkommen selbst noch nicht geringer wurden. Doch ebenso klar ist: ohne
das

148 Abkommen wird es noch weniger Möglichkeiten geben, diese Probleme anzusprechen
und

149 anzugehen.

150 Es braucht eine Nahostpolitik, die den Mut hat, den gescheiterten amerikanischen
Ansatz des

151 „maximalen Drucks“ zurückzuweisen und neue Wege zum Frieden aufzuzeigen. Eine
Nahostpolitik,

152 die die Äquidistanz zu Iran und Saudi-Arabien sucht, statt die Lage der vielen Menschen
in

153 Not - etwa in Jemen - mit unverantwortlichen Rüstungsexporten gar noch weiter zu
154 verschlechtern.

155 **Wir fordern deshalb, dass**

156 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen ihrer GASP (Gemeinsame
Außen- und
157 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China
und
158 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
159 rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.

160 • sich auf allen Ebenen für eine Deeskalation am Persischen Golf einzusetzen. Dazu
161 gehört auch die Unterstützung direkter Gespräche zwischen Iran auf der einen
Seite und
162 USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite.

163 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
164 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel
mit
165 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX,
dessen
166 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden
muss,
167 ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt
168 wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen

müssen

169 aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte,
170 multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der

171 iranischen Bevölkerung zugutekommen.

- 172 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine
173 „significant
174 non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen
175 vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine
176 sukzessive
177 Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu
178 bewahren.
- 179 • die amerikanische Iran-Politik des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Dazu
180 gehört auch
181 eine Verstärkung des „Blocking Statuts“ der Europäischen Union, um europäische
182 Unternehmen gegen die völkerrechtswidrigen sogenannten „Sekundärsanktionen“
183 der USA zu
184 wappnen. Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen,
185 wenn die
186 USA das nicht wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und
187 Sicherheitsinteressen sein. Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische
188 Souveränität und die Glaubwürdigkeit der europäischen Außenpolitik.
- 189 • Iran und Saudi-Arabien einen Ausbau der Kooperation im Bereich der
190 Erneuerbaren
191 Energien anbieten.
- 192 • Eine Konferenz zu veranstalten, in der die Staaten der Nahen Ostens die
193 Möglichkeit
194 bekommen, bei den massiven regionalen Umwelt-Herausforderungen, allen voran
195 Wassermangel und Luftverschmutzung, Kooperationsformen auszuloten.
- 196 • klar und deutlich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und im Iran
anzusprechen und
dabei im Schwerpunkt die Freilassung aller politischen Gefangenen einzufordern.
- sich für die Rechte der Zivilgesellschaften in der gesamten Region einzusetzen
und den
Kontakt untereinander zu fördern. Dazu gehört auch eine Visa-Politik, die den
internationalen Austausch ermöglicht und nicht wie bisher stranguliert.
- die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in anderen Staaten, die am Jemen-
Krieg
beteiligt sind, endlich zu beenden.
- die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen auszubauen und sich für eine
Untersuchung der von allen Parteien begangenen Kriegsverbrechen einzusetzen.